

Stellungnahme von Bürgermeisterin Elisabeth Kammann

zum Artikel der Tageszeitung „Die Glocke“ vom 21.01.2016 „Notunterkunft in ehemaliger VGS geht in die Verlängerung“ und Kommentar von Julia Stempfle

1. Es gibt eine klare vertragliche Vereinbarung mit dem DRK als Betreiber der Notunterkunft. Darin heißt es so wörtlich: „Diese Vereinbarung beginnt am 07.09.2015 und wird befristet bis zum 28.02.2016 geschlossen. Der DRK Warendorf verpflichtet sich, die Notunterkunft bis spätestens zum 31.03.2016 vollständig geräumt und im ursprünglichen Zustand an die Gemeinde Beelen zurückzugeben.“

Diese Vereinbarung liegt der Bezirksregierung Münster vor und ist ausdrücklich genehmigt worden.

In einer weiteren Vereinbarung zwischen dem Land NRW, vertreten durch die Bezirksregierung, und der Gemeinde Beelen über die Erstattung von Kosten durch den Betrieb der Notunterkunft des Landes, findet sich folgende Vereinbarung: „...Für Notunterkünfte, deren Betrieb ab dem 02.09.2015 aufgenommen wurde oder wird, gilt diese Vereinbarung sechs Monate nach Betriebsaufnahme bis zum nächsten Monatsende. Diese Vereinbarung verlängert sich jeweils um einen Monat, wenn sie nicht einen Monat vor ihrem jeweiligen Ende gekündigt wird. ...“ Und damit wäre eine Beendigung zu Ende März 2016 durch die Gemeinde Beelen möglich.

Ich gehe davon aus, dass auch die Bezirksregierung Münster sich an getroffene Vereinbarungen hält.

Im Übrigen waren der beabsichtigte Schulumbau und der Umzug der Grundschule immer wieder Gegenstand der Diskussionen, insbesondere auch in der Ratssitzung, in der die Regierungsvizepräsidentin, Frau Feller, persönlich in Beelen zugegen war.

In Gesprächen mit der Bezirksregierung habe ich auch immer wieder gegenüber verschiedenen Mitarbeitern, mit denen ich es aus bestimmten Gründen dienstlich bezüglich der Schulnutzung Kontakt hatte, diesen Umstand betont.

2. Mit Mail vom Dienstag, 19.01.2016, nachmittags, wurde mir mitgeteilt, dass die Bezirksregierung den Status quo mit einer Zahl von 250 Plätzen bis zum 30.06.2016 aufrechterhalten wird. Diese Mail wurde von mir am gleichen Nachmittag allen Ratsmitgliedern der FWG, der CDU, der FDP, der SPD und der Grünen Liste zur Kenntnis gebracht. Gleichzeitig habe ich darauf hingewiesen, dass der Nutzungsvertrag vom Rat entsprechend verlängert werden muss. Die Kosten der Notunterkunft belasten die Gemeinde Beelen nicht.
3. Die Verlängerung des Nutzungsvertrages bezüglich der Notunterkunft steht den bisherigen Planungen für den Anbau, Umbau und Umzug nicht entgegen. Der **Anbau der Mensa** kann, sofern keine unvorhersehbaren Ereignisse eintreten, in Angriff genommen werden, auch wenn das Hauptschulgebäude weiterhin mit Flüchtlingen belegt ist.

Die Planungen in der Verwaltung für den Anbau, Umbau und den Umzug laufen wie vorgesehen weiter. Insofern werde ich dem Rat auch vorschlagen, der Nutzungsverlängerung zuzustimmen. Dadurch, dass die Notunterkunft zunächst weiter aufrechterhalten bleibt, werden der Gemeinde bis auf weiteres keine weiteren Flüchtlinge zugewiesen, die ihr aufgrund des sogenannten Königsteiner Schlüssels zuzuweisen wären. Diese Quote beträgt nach Stand 31.12.2015 bereits 143 Personen.

Da die Gemeinde zurzeit „lediglich“ 43 Personen in eigener Betreuung hat, müsste die Gemeinde somit zusätzliche UnterbringungsKapazitäten für zurzeit mindestens 100 Flüchtlinge schaffen.

Wenn die direkte Zuweisung für Beelen wieder erfolgt und erhöht wird, müssen auf Dauer voraussichtlich noch mehr Flüchtlinge untergebracht werden.

Ich habe immer deutlich thematisiert, dass es schwierig werden wird, dieser Unterbringungspflicht nachzukommen.

Bei Fortführung der Notunterkunft im Auftrag des Landes gewinnt die Verwaltung und auch die Politik etwas Zeit, weitere Unterbringungskapazitäten zu suchen.

Bedauerlich ist, dass durch angebliche Behauptungen der Bezirksregierung und durch entsprechende Berichterstattung und Kommentierung in „Der Glocke“ Unwahrheiten in den Raum gestellt und Irritationen hervorrufen werden.

Eine Kontaktaufnahme mit mir ist vor Erscheinen des Artikels leider nicht erfolgt.

gez. E. Kammann
Bürgermeisterin